

[SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/202/510

o.A., Erste Auswertung der Wahlen vom 18. März 1979 in den Kreisen, 31.03.1979
Abschrift]

Abschrift

Information

Erste Auswertung der Wahlen vom 18. März 1979 in den Kreisen

In den zwei Wochen seit dem Wahltag wurde in den Kreisen damit begonnen, das Wahlergebnis in Verbindung mit der bisherigen politischen Massenarbeit kritisch und selbstkritisch einzuschätzen. Auf der Grundlage der Stellungnahme des Parteivorstandes vom 18. März 1979 und des Leitartikels in der „Wahrheit“ vom 20. März 1979 fanden in 11 Kreisen Sekretariatssitzungen statt. Im Kreis Schöneberg wurde diese erste Auswertung der Wahlen auf einer Kreisvorstandssitzung vorgenommen. Weitere Kreisvorstandssitzungen fanden bisher in den Kreisen Tempelhof und Zehlendorf statt. Nach der Sekretariatssitzung führte der Kreisvorstand Neukölln eine Beratung mit den Gruppenfunktionären durch. Eine Reihe von Parteigruppen führte Mitgliederversammlungen durch, auf denen ebenfalls eine erste Auswertung der Wahlen vorgenommen wurde.

Die Stimmung bei den Genossen nach den Wahlen ist realistisch, viele wollen, daß die Fragen, die mit dem Ausgang der Wahlen entstanden sind, ausdiskutiert werden. Vor allem wollen sie geklärt haben, wie die politische Arbeit jetzt weitergehen soll. In den Diskussionen, die konstruktiv und aus der aktiven Arbeit heraus geführt werden, wurde nicht nur der Zeitraum des unmittelbaren Wahlkampfes eingeschätzt; in vielen Diskussionsbeiträgen setzten sich die Genossen mit der politischen Massenarbeit der letzten vier Jahre auseinander.

Keinen Zweifel gibt es daran, daß die Politik unserer Partei in den grundsätzlichen Aussagen richtig ist. Es ist keine Frage, daß der Kampf um die Durchsetzung der sozialen, demokratischen und Friedensinteressen der Bürger fortgesetzt werden muß.

Diskussionen gibt es über die Einschätzung, daß das Wahlergebnis keine entscheidenden Veränderungen gebracht hat. Von einigen Genossen wird angemerkt, daß im Wahlergebnis zwar auf der parlamentarischen Ebene keine wesentlichen Veränderungen sichtbar werden, daß jedoch durch die Stimmenabgabe für die AL, die SEW und in der Nicht- oder Ungültigwahl ein Protestpotential aufgetreten ist, was von den Regierenden zu beachten ist.

Zu der Einschätzung im Leitartikel der „Wahrheit“ vom 20. 3., das Wahlergebnis widerspiegeln nur ungenügend den Einfluß der SEW, gab es in mehreren Sitzungen kritische Bemerkungen. So wurde die Frage gestellt, wie es komme, daß unsere Partei seit 1971 ca. 18 000 Stimmen verloren habe. Angesichts der Stimmenzahl könne man doch nicht behaupten, daß wir die Losung „Näher an die Massen heran“ bereits verwirklicht hätten.

Bei der Einschätzung des Wahlkampfes wurde hervorgehoben, daß besonders die Wahlbewerber für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen einen besonders großen persönlichen Einsatz bei der Vermittlung unserer Politik geleistet haben. Bei dieser Arbeit konnten sich eine große Zahl der Wahlbewerber beim Auftreten auf Wahlversammlungen, Wählergesprächen, Podiumsdiskussionen mit Vertretern anderer Parteien und bei Informationsständen auf der Straße spürbar qualifizieren.

Einigkeit bestand auch darin, die im Wahlkampf begonnenen oder intensivierten persönlichen politischen Gespräche mit Kollegen und im Bekanntenkreis sowie mit den Menschen, zu denen wir erste Beziehungen herstellen konnten, fortzusetzen.

Die Genossen bestätigten, daß die Wahlarbeit in der Öffentlichkeit in einer sachlichen Atmosphäre gelaufen ist, daß unsere Stellung als Partei in Westberlin gefestigt wurde, daß unsere Beziehungen in Betrieben und Gewerkschaften Fortschritte gemacht haben, daß wir auch im Wohngebiet mehr an den Problemen dran sind, sie besser kennen.

Von einigen Genossen wurden Fragen zur Wahlkampfführung aufgeworfen. So wurde von einigen erklärt, das Wahlprogramm sei ein bedeutungsvolles Dokument auch über den Wahltag hinaus. Trotzdem wäre es nach ihrer Meinung besser gewesen, wenn an der Ausarbeitung möglichst viele Genossen und Sympathisanten teilgenommen hätten. „Es wäre zwar nicht anders geworden, aber noch mehr hätten sich mit diesem Wahlprogramm identifiziert.“ In einigen Gesprächen wurde die Meinung vertreten, daß die Massenverbreitung unserer Wahlmaterialien nicht den erwarteten Effekt gehabt habe.

Kritisch wurde auch bemerkt, daß die Mittel und Methoden für die Gewinnung von Jung- und Erstwählern nicht speziell genug waren, die gezielten Aktionen zur Gewinnung von Erstwählern waren zu wenig. Wir konnten uns nach Meinung dieser Genossen in diesem Bereich nicht als Partei der Jugend profilieren. Ähnlich hat unsere Mitarbeit in Bürgerinitiativen bei den Wahlen keinen erkennbaren Fortschritt gebracht.

Sehr kritisch setzten sich in den Diskussionen die Genossen damit auseinander, daß sich unser Einfluß in den Großbetrieben nicht entwickelt, ja in einigen Betrieben sogar zurückgegangen ist. Sie begrüßten, daß im Wahlkampf - besonders auf der 9. Tagung des Parteivorstandes - deutliche Akzente zur Verstärkung der Orientierung auf die Probleme der Arbeiter gesetzt wurden und forderten, diese Orientierung noch weiter zu verstärken. Dabei wurde besonders auf die Verantwortung der Kreisvorstände hingewiesen, die Arbeit auf die ständige Erhöhung des Einflusses in den Betrieben zu richten, besonders darauf hinzuwirken, daß neue Mitglieder für unsere Partei und Leser unserer Zeitung „Die Wahrheit“ aus den Großbetrieben gewonnen werden. Probleme und Schwierigkeiten dabei dürften unsere grundsätzliche Linie nicht verbiegen.

Mehrere Genossen kritisierten die Anleitung der politischen Massenarbeit durch die Kreisvorstände bzw. durch den Parteivorstand. So äußerten zwei Genossinnen auf der Tempelhofer Kreisvorstandstagung Kritik an der Anleitung im Gesundheitswesen („Bei Entscheidungen ist jeder Genosse auf sich gestellt.“) und im Metall-Bereich („Es fehlt ein ständiger konkreter Erfahrungsaustausch über die Arbeit im Betrieb.“). Vorgeschlagen wurde, daß Genossen beim Parteivorstand eine Arbeitsgruppe bilden, die die Aufgabe hat, unsere Forderungen ständig auf den aktuellen Stand zu bringen, um auch so zu verhindern, daß Genossen auf rechtsopportunistische Positionen abdriften.

Viele Genossen traten für eine stärkere Profilierung unserer Partei als der kommunistischen Arbeiterpartei Westberlins ein. Hervorgehoben wurde, daß wir uns nicht als irgendeine Alternative zur Politik der Abgeordnetenhausparteien profilieren, sondern daß wir uns als die sozialistische Alternative, als Alternative des gesellschaftlichen Fortschritts profilieren. Denn bei Wahlen werden wir nicht wegen Übereinstimmung in einer gemeinsamen Forderung gewählt, sondern nur wegen Übereinstimmung in Grundfragen. Wir haben zwar Fortschritte dabei gemacht, daß vor Ort gemeinsam gekämpft wird - das hat sich aber noch nicht dahin

entwickelt, daß die, mit denen wir z. B. im Betrieb oder an der Hochschule für gemeinsame Interessen eintreten, uns auch wählen oder Mitglied unserer Partei werden.

Sorgen machten sich einige Genossen darüber, ob nicht der Rückgang der Wählerstimmen einen „Kellereffekt“ auslösen könnte, der unseren Einfluß auch in anderen Bereichen einschränken würde. Denn die Wahlen, so wird gesagt, hätten einmal mehr die Stabilität im Parteiengefüge unterstrichen, daraus ergäben sich Probleme der Darstellung unserer Partei. Viele Menschen würden unsere Genossen zwar im Betrieb oder in Initiativen akzeptieren, da die Partei aber nicht zum „parlamentarischen Parteiengefüge“ gehöre, könnten sie nicht erkennen, wie die Forderungen der SEW durchgesetzt werden können. „Es würde deshalb nichts einbringen, die SEW bei Wahlen zu stärken.“

Von einzelnen Genossen wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser wäre, für die Zukunft ein demokratisch orientiertes Wahlbündnis, an dem sich unsere Partei beteiligen würde, anzustreben. Mit diesen Genossen wurde darüber diskutiert, welchen Stellenwert Parlamentswahlen für unsere Partei haben und daß es nicht darum gehen könne, unsere politische Identität als Partei aufzugeben.

Übereinstimmend wurde auf den Sekretariatssitzungen und Kreisvorstandstagungen betont, daß die ideologische Arbeit verbessert werden muß. So forderten Genossen eine bessere ideologische Anleitung in Form von Schulungen etc., damit sie die Tagespolitik und die Grundfragen besser vertreten können, so z. B. auch den realen Sozialismus. Denn oft wird die Frage an die Genossen gerichtet, ihr strebt als Sozialistische Einheitspartei Westberlins den Sozialismus als Endziel an - wie ist es denn mit dem Inhalt des Sozialismus, wie steht ihr zur DDR konkret? Viele Genossen sehen ihre Schwächen bei der konkreten Darlegung unserer Ziele und betonen, daß sie leider häufig nicht die richtigen Argumente finden. Besonders bei Gesprächen im kleinen Kreis - die ja verstärkt im Wahlkampf geführt wurden - traten die Schwächen in der Argumentation hervor. So wurde in vielen Gesprächen, nach Meinung mehrerer Genossen, der Wahlkampf auf der Ebene der grundsätzlichen Haltung beispielsweise zur DDR oftmals nicht offensiv genug geführt. Viele Fragen wurden nicht geklärt, mit dem Hinweis, Westberliner Probleme diskutieren zu wollen, ob dies der Diskussionspartner wollte oder nicht. Der bevorstehende 30. Jahrestag der Gründung der DDR bietet nach Meinung vieler Genossen gute Möglichkeiten, diese Diskussionen zu führen bzw. nachzuholen.

Zur „Wahrheit“ wurde auf einigen Sitzungen ausgesagt, daß unsere Zeitung deutlich besser geworden ist. Trotzdem treffen wir mit unserem Vokabular noch nicht den Arbeiter. Unsere Zeitung ist noch nicht die Zeitung, die Arbeiter in breiter Masse lesen können und verstehen können.

Zur „Alternativen Liste“, die bei der Wahleinschätzung überall eine Rolle spielte, wurde angemerkt, daß es uns nicht gelungen ist, zu vermitteln, daß die AL ein maoistisch gesteuerter Wahlverein ohne Perspektive ist. In einigen Kreisen vertreten Genossen die Meinung, daß die AL dort Stimmen gewonnen hat, wo unsere Partei den Boden durch das Aufgreifen der dort bestehenden Probleme bereitet hat. Es hätte sogar Genossen gegeben, die der AL ihre Stimme gegeben haben; das ist eine ernste Sache, auch wenn es sich nicht um besonders aktive Genossen handelt.

Bei vielen Studenten sei die AL als kämpfende Kraft stärker in den Köpfen verankert als die SEW. Wenn es auch nicht stimmt, daß die AL mehr als 300 Bürgerinitiativen zusammenfasse, so sei es der AL dennoch gelungen, einen solchen Eindruck zu vermitteln. Die Frage sei jetzt,

wie können wir unsere Partei stärker als kämpfende Kraft, die wir ja sind, auch anderen ins Bewußtsein bringen[in Bewußtsein treten].

Bei diesen Diskussionen in den letzten zwei Wochen ging es vor allem darum, eine erste Einschätzung der Wahlen vorzunehmen. So wurde die Diskussion auch nirgends als abgeschlossen verstanden. Auch die festgelegten Maßnahmen sind von den Genossen als erste Maßnahmen verstanden worden. Insgesamt fanden die Vorschläge, die Genosse Horst Schmitt bei der Beratung mit den Kreisvorsitzenden und ihren Stellvertretern am 21.3.1979 unterbreitete, in den Kreisen Zustimmung. Nach den zentralen Zusammenkünften in den Kreisen wird es jetzt vor allem darum gehen, diese ersten Schlußfolgerungen auch in den einzelnen Parteigruppen zu vermitteln. Dabei kommt den Kreissekretariaten eine große Verantwortung zu, daß konstruktive erste Festlegungen für die politische Massenarbeit der Parteigruppen getroffen werden, daß der 1. Mai zu einem neuen Höhepunkt der politischen Massenarbeit gestaltet wird.

Es ist auch nicht zu übersehen, daß parteifeindliche Kräfte versuchen, sich in den Diskussionsprozeß zur Auswertung der Wahlen innerhalb der Partei einzuschalten. Diese Leute versuchen, den kritischen Geist der Wahlauswertung zu mißbrauchen, um die Linie der Partei in Grundfragen zu verändern. So ist ein Mitglied der Sektion Ökonomie der HSG FU mit einem gegen die Partei gerichteten Leserbrief aufgetreten (Die Neue, 28.3.1979). Einige Diskussionsbeiträge auf der Zehlendorfer Kreisvorstandssitzung z.B. lassen erkennen, daß der Grat zwischen konstruktiver Kritik und parteifeindlichen Positionen schmal ist, besonders dann, wenn Genossen, die in der letzten Zeit kaum Aktivitäten mitgetragen haben, mit „Fehler-Katalogen“ der Partei auftreten. Z.B.: Keine breite Diskussion des Wahlprogramm-Entwurfes, Fehler bei der Spaltung der GEW (einseitiges Orientieren auf die GEW im DGB), Ablehnung der Kandidatur der AL im Landeswahlausschuß, Verhinderung von Dialogen der Linken in der Zeitschrift SOPO durch deren Einstellung, Defensives Verhalten im Gesundheitswesen durch Nichtinitiative einer Demonstration, Auftreten von Klaus Feske auf der Vietnam-Kundgebung in der TU usw. Die bisherige Diskussion zeigt jedoch, daß diese Leute in der Breite der Partei keinen Einfluß finden werden, es gilt auch im Bereich der Hochschulen und in ähnlichen Arbeitsbereichen, die Diskussion auf die Verbesserung der politischen Massenarbeit zu richten und zu praktischen Schlußfolgerungen zu kommen.

31.3.1979